

Deutscher Bundestag
Ausschuss f. Familie,
Senioren, Frauen u. Jugend
Ausschussdrucksache
19(13)127c



**DEUTSCHER
FRAUENRAT**

STELLUNGNAHME

**Zum Gesetzentwurf der Bundesregierung über die statistische
Erhebung der Zeitverwendung (Zeitverwendungserhebungsgesetz – ZVEG)
Drs. 19/26935**

////////////////////
National Council
of German Women's
Organizations

////////////////////
Axel-Springer-Straße 54 a
10117 Berlin
Fon+49/30/204 569-0
kontakt@frauenrat.de
www.frauenrat.de

Berlin, 10.3.2021

////////////////////
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE85 1002 0500 0003 2587 00
BIC BFSWDE33BER

////////////////////
Finanzamt für Körperschaften I, Berlin
Steuernummer 27/663/56547
Ust-IdNr. DE214054759

Zusammenfassung

Der Deutsche Frauenrat (DF) begrüßt das Vorhaben der Bundesregierung zur Schaffung einer Rechtsgrundlage zur kontinuierlichen Durchführung von Zeitverwendungserhebungen. Mittels Zeitverwendungserhebungen kann eine valide Datenbasis darüber geschaffen werden, wie Menschen in den unterschiedlichsten Lebenslagen ihre Zeit einteilen. Daten zur Zeitverwendung für die Sorge- und Erwerbsarbeit sind aus familien- und gleichstellungspolitischer Sicht besonders relevant. Diese Datengrundlage lässt Schlussfolgerungen darüber zu, wie sich die Geschlechterverhältnisse in der gelebten Alltagspraxis darstellen und sich im Zeitverlauf wandeln oder verfestigen. Da Frauen während der Corona-Pandemie den größeren Anteil der zusätzlich anfallenden Sorgearbeit übernehmen als Männer ist politisches Gegensteuern erforderlich. Der Bedarf nach aktuellen repräsentativen Zeitbudgeterhebungen steigt, um die Folgen der Corona-Pandemie auf die Geschlechterverhältnisse fortlaufend bewerten zu können. Zeitbudgeterhebungen ermöglichen faktenbasierte Schlüsse über die Notwendigkeit und Wirksamkeit gleichstellungspolitischer Maßnahmen. Für die Politikformulierung des DF bilden diese Daten insofern eine wertvolle Grundlage. Einzig die Erhebungsmerkmale könnten um andere Einkommensarten wie familien- und sozialpolitische Leistungen erweitert werden.

Bewertung

Der DF bedankt sich für die Gelegenheit zum vorliegenden Gesetzentwurf Stellung zu nehmen. Die bisherigen Zeitverwendungserhebungen haben wichtige Erkenntnisse geliefert, die von elementarer Bedeutung für politische Maßnahmen waren.

Zeitverwendungserhebungen stellen mit ihren Daten zu unbezahlter Haus- und Sorgearbeit eine wichtige Ergänzung zu den klassischen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) dar, die sich primär auf Wohlstand und Wertschätzung der Marktproduktion von Waren und Dienstleistungen fokussieren. Das Wohlstandsniveau der Gesellschaft lässt sich jedoch nur partiell durch ökonomische Kenngrößen wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP) abbilden. Unbezahlt erbrachte Leistungen im Haushalt werden in der Wohlstandsmessung im Bruttoinlandsprodukt beispielsweise nicht erfasst. Durch die Zeitbudgeterhebungen 1991/92 und 2001/02 konnten Zeitbudgets von unbezahlten Tätigkeiten im Haushalt, in der Familie, in der Nachbarschaft und im bürgerschaftlichen Engagement in ihrem zeitlichen Umfang sichtbar und quantifizierbar gemacht werden. Die Zeitbudgetstudie 2001/02 zeigt, dass in Deutschland rund 96 Milliarden Stunden unbezahlte Arbeit in Familie und Haushalt geleistet wird – eineinhalb Mal so viel wie bezahlte Arbeit.

Die Ergebnisse der Zeitbudgetstudien wurden auch für die Erstellung der Gleichstellungsberichte der Bundesregierung genutzt. Umso wichtiger ist, dass die Zeiterhebungen nicht mehr wie bisher durch Ausnahmeregelungen und auf Initiative der obersten Bundesbehörde angeordnet, sondern gesetzlich verbindlich für alle zehn Jahre vorgesehen werden.

Als Interessenvertretung für Frauen sind für den DF unabhängige Analysen und repräsentative Statistiken zur Zeitverwendung von großer Bedeutung, da dadurch gesellschaftliche und strukturelle (Fehl-)Entwicklungen analysiert und faktenbasiert bewertet werden können. Eine Darstellung der Zeitverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern sowie nach Lebensformen ist für gleichstellungspolitische Maßnahmen unerlässlich.

Unbezahlte Arbeit – wie Aufgaben in der Familie, im Haushalt und im nachbarschaftlichen Engagement – werden mehrheitlich von Frauen erbracht. Diese unbezahlten Leistungen sind für die Gesellschaft und Wirtschaft jedoch von großem Wert und unentbehrlich.

Aus dem Gutachten für den Zweiten Gleichstellungsbericht geht hervor, dass Frauen durchschnittlich 52,4 Prozent mehr Zeit für unbezahlte Sorgearbeit aufbringen als Männer – das entspricht 87 Minuten täglich. Dies hat auch Auswirkungen auf die Erwerbsarbeitszeiten: So sind Männer häufiger in Vollzeit und Frauen in Teilzeit tätig woraus sich eine Erwerbsarbeitszeitlücke (Gender Time Gap) von durchschnittlich 8,4 Stunden pro Woche ergibt. Um diese Ursachen, Zusammenhänge und Auswirkungen verstehen und deuten zu können sowie daraus gesellschafts- und gleichstellungspolitische Maßnahmen ableiten zu können, ist eine kontinuierlich erhobene Datenbasis notwendig.

Anhand der Daten lassen sich unterschiedliche Formen zur Zeitverwendung für verschiedene Personengruppen abbilden. Da Zeit oftmals zuungunsten von Familien/Frauen verteilt und organisiert ist, sind Daten notwendig, die die verschiedenen Lebenslagen und Lebensbereiche darstellen. Aus Sicht des DF ist die Auswahl der Erhebungsmerkmale in § 6 gut gewählt. Begrüßenswert ist, dass im Forschungsdesign eine disproportionale Quotenstichprobe für kleinere Gruppen, wie z.B. alleinerziehende Mütter und Väter, konzipiert wird. Alleinerziehende haben im Alltag besondere Herausforderungen, Privates und Berufliches zeitlich zu organisieren. Da rund 90 Prozent der 1,6 Millionen Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern Frauen sind, sind die Erhebung der Zeitverwendung dieser Gruppe und daraus resultierende politische Maßnahmen frauenpolitisch relevant. Der DF unterstützt die Erhebung in § 6 Erhebungsmerkmale Nummer 17 „Persönliches Bruttoerwerbseinkommen“, da zur Darstellung des Wohlstands und der Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Unterschiede und Entwicklungen entscheidend ist, wie hoch die Einkommenssituation einzelner Haushaltsmitglieder ist. Frauen verdienen im Durchschnitt 20 Prozent weniger als Männer. Rund drei Viertel des Verdienstunterschieds zwischen Frauen und Männern sind strukturbedingt. Durch die Zeitverwendungserhebung lassen sich weitere Rückschlüsse auf den Gender Pay Gap und den Gender Care Gap ziehen. Wünschenswert wäre zusätzlich die Erhebung persönlicher Familien- und Sozialleistungsbezüge.

Der Bedarf an repräsentativen Zeitbudgeterhebungen zur Verteilung der Sorgearbeit ist während der Corona-Krise noch dringender geworden. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und die Hans-Böckler-Stiftung haben zuletzt erneut belegt, dass Frauen und vor allem Mütter während der Pandemie den größeren Anteil der zusätzlich anfallenden Sorgearbeit (Haushalt, Kinderbetreuung- und Erziehung, Homeschooling, Angehörigenpflege) übernehmen und ihre Erwerbsarbeitszeiten dafür reduzieren. Der Gender Care Gap wird größer statt kleiner. Frauen und Männer erleben vielfach einen Retraditionalisierungsschub. Dieser Effekt steht in einem eklatanten Widerspruch zu jeglichen gleichstellungspolitischen Erfolgen der letzten Jahrzehnte.

Der DF ist angesichts dieser Entwicklung besorgt über die langfristigen Folgen für die gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen über den Lebensverlauf. Aus Sicht des DF ist deswegen aktuell ein entschlossenes politisches Gegensteuern der Bundesregierung erforderlich und

dafür sind umfassende Daten zur Zeitverwendung eine sinnvolle Grundlage – sowohl für Gesetzesbegründungen als auch für die zukünftige Evaluation zu den Wirkungen der entsprechenden politischen Maßnahmen.

Der Deutsche Frauenrat (DF) ist der Dachverband von rund 60 bundesweit aktiven Frauenorganisationen und damit die größte frauen- und gleichstellungspolitische Interessenvertretung in Deutschland. Er engagiert sich für die Gleichstellung von Frauen und Männern in Politik und Gesellschaft in Deutschland, in der Europäischen Union und in den Vereinten Nationen. In diesen rund 60 Organisationen sind Frauen aus Berufs-, sozial-, gesellschafts- und frauenrechtspolitischen Verbänden, aus Parteien, Gewerkschaften, aus den Kirchen, aus Sport, Kultur, Medien und Wirtschaft vertreten.